

KOMMENTAR

Angriffe auf Einsatzkräfte sind Angriffe auf die Gesellschaft

Von May-Britt Winkler
may-britt.winkler@vrm.de

Garantien gibt es nie im Leben – für niemanden. Man kann auf einem Weihnachtsmarkt einem Anschlag zum Opfer fallen oder auf einer Bundesstraße einen Unfall haben – zur falschen Zeit am falschen Ort sein. Aber jeden Tag zur Arbeit zu gehen – wissend, dass man dem Hass und der Respektlosigkeit einiger Menschen ausgesetzt ist, die manchmal gar über Leichen gehen würden, ist beileibe eine andere Hausnummer – auch wenn es in Darmstadt-Dieburg gegenüber Großstädten noch recht harmlos zugeht. Klar weiß ein Polizist, dass er seine Waffen nicht zur Deko trägt, aber dass die Menschenverachtung gegenüber den Beamten mancherorts so groß ist, erscheint unerträglich und ist untragbar – von Übergriffen auf rein helfende Rettungskräfte mal ganz abgesehen. Ein Polizist in Uniform steht für den Staat, und somit ist jeder Angriff auf einen Beamten auch ein Angriff auf den Staat. Wer den Staat angreift, greift – in einer Demokratie – auch immer die Gesellschaft an: also jeden von uns. Die Entwicklung hin zu mehr Gewalt wird vermutlich kaum zurückzudrehen sein, aber ihr muss durch konsequente Strafverfolgung dringend Einhalt geboten werden. Bleibt nur zu hoffen, dass – bei all den mentalen Belastungen – dafür noch ausreichend Ordnungskräfte vorhanden bleiben.

Übergriffe nicht nur an Silvester

Über das Jahr gesehen wird deutlich, dass der Respekt gegenüber Helfern immer weiter schwindet

Von May-Britt Winkler

DARMSTADT-DIEBURG. Während in der Silvesternacht vielerorts ausgelassen gefeiert wurde, waren zig Tausende Einsatzkräfte in ganz Deutschland unterwegs, um Leben zu retten, Brände zu löschen oder für Recht, Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Dabei wurden vor allem in großen Städten Polizisten, Feuerwehrleute, Sanitäter und Ärzte beim Helfen mit Böllern und Raketen beschossen oder tödlich angegriffen.

In Babenhausen kamen Rettungskräfte zu einem Einsatzort, an dem sie von einem vermeintlichen Patienten attackiert wurden. Ansonsten hielten sich im Landkreis Darmstadt-Dieburg die Vorfälle in der Silvesternacht in Grenzen. „Aber verteilt über das ganze Jahr nimmt die Gewalt immer mehr zu“, bedauert Lars Maruhn, Kreisvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft Südhessen. „Das hat sich in den letzten zehn Jahren immer weiter nach oben geschraubt.“

Die Eskalation gegenüber den Einsatzkräften beginne mit Beschimpfungen und Beleidigungen, „was alles mit den Müttern der Helfer gemacht werden möchte“. Sie erstreckte sich über einen sehr umfangreichen Fäkalwortschatz und ende in Bedrohungen, Distanzlosigkeit und Angriffen mit Schlägen, Tritten oder Bissen.

Rettungskräfte werden in ihrer Arbeit, beim Freischneiden von Unfallopfern, beim Wiederbeleben oder beim Löschen von Bränden behindert. „Ein Feuerwehrmann kann in der Eile nicht sagen ‚Gehen Sie mal bitte zur Seite‘, sondern er schiebt einen zu Seite“, berichtet Maruhn. „Und dann geht es los. Jemand fühlt sich provoziert und schlägt zu.“

Noch größerer Hass entlädt sich gegenüber Polizeibeamten, die den Staat repräsentieren. Die Kriminalstatistik macht deutlich: Die Attacken auf Beamte steigen stetig an. Allerdings würden Übergriffe auch schneller zur Anzeige gebracht werden, sagt Yoschka Russo von der Pressestelle der Polizei Südhessen.

Mit Angst oder Sorge, so Russo, gehe man nicht zum Dienst. „Allerdings hat man



Die Wiedergabe dieses Artikels erfolgt mit ausdrücklicher Genehmigung der Echo Zeitungen GmbH

immer Respekt, denn wir sind ja keine Katzen. Wir haben alle nur ein Leben.“

Wie schnell so ein Leben vorbei sein kann, haben die Polizistenmorde im Kreis Kusel und in Mannheim von 2022 und 2024 gezeigt. Auch in Darmstadt-Dieburg gab es im vergangenen Jahr immer wieder Angriffe auf Streifen mit Verletzten.

Der Polizeigewerkschaftler Lars Maruhn macht daher andere Erfahrungen, was die Angst angeht. Er begleitet viele Kollegen, die besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt sind. „Sagen wir es mal so: Man sollte keine Angst haben, aber es gibt sie durchaus.“

Dabei unterscheidet er zwischen zwei Arten von Angst: der, erneut angegriffen, und jener, strafrechtlich verfolgt zu werden. „Mit einem Bein steht man nämlich immer selbst im Gefängnis, denn natürlich kann ein Polizeibeamter Grundrechte massiv einschränken. Und ein tödlicher Schuss-

waffengebrauch wird – richtigerweise in einem Rechtsstaat – immer hinterfragt.“

Auf der anderen Seite riskiere man tagtäglich sein Leben. „Das weiß man selbstverständlich, wenn man den Beruf wählt.“ Dennoch seien viele Kollegen geschockt über den Umgang mit ihnen. Manchmal schlägt ihnen regelrechter Hass entgegen – oft angefeuert in den sozialen Medien. Schaulustige filmen immer häufiger Beamte bei Einsätzen und stellen die Videos dann ins Netz, die von einem anonymen Mob daraufhin hetzerisch kommentiert werden. Die Vorgeschichten –

also jene Situationen vor einer Eskalation – bleiben jedoch unerwähnt.



„Nicht wenige Kollegen sind psychisch so belastet, dass sie in Richtung Kündigung denken.“

Lars Maruhn, Kreisvorsitzender der Polizeigewerkschaft

währenddessen werden Täter von Umstehenden aufgestachelt und zum Widerstand angespornt.

Durch Bodycams sind Polizisten zwar inzwischen viel besser geschützt. Sie sind eine Art Flugschreiber, um die Umstände eines Einsatzes im Nachgang

zu klären, Anschuldigungen von Tätern abzuweisen, „aber in vielen Situationen ist da trotzdem immer auch ein Abwägen, eine Vorsicht, bloß nichts Falsches zu machen“, so Maruhn weiter. „Man sichert sich vorsorglich lieber doppelt ab.“

Die Gegner derweil – darunter sogar sehr junge Leute – würden immer respektloser und maßloser in ihrer Gewaltausübung. „Früher ging es auch mal zur Sache, selbst in sogenannten Problembezirken“, erinnert sich der Gewerkschaftler. „Aber vor der Polizei hatte man immer Respekt. In Städten wie Berlin gibt es inzwischen jedoch Straßen, da behaupten die Bewohner: Diese Straße gehört uns. Da hat die Polizei nichts zu suchen.“

Darauf müsse dringend reagiert werden. „Keine Lippenbekenntnisse, die nach ein paar Tagen schon wieder vergessen sind“, fordert Maruhn. Natürlich wisse ein Polizist bei der Jobwahl, dass er sich auf einen gefährlichen Beruf einlässt. „Es ist ja auch ein Stück weit Berufung.“ Aber die Bedrohungen gehen nicht spurlos an Maruhns Kollegen vorbei. „Nicht wenige sind psychisch so belastet, dass sie in Richtung Kündigung denken.“

Das Schlimme sei vor allem, dass es mittlerweile den Rettungskräften genauso ergehe. „Ein Feuerwehrmann läuft in ein brennendes Haus. Er weiß, dass er unter Umständen dort nicht mehr herauskommt. Neu jedoch ist, dass er auf dem Weg dorthin schon gefährlich körperlich angegangen wird.“

Es sei ein gesamtgesellschaftliches Problem, das schnellstmöglich behoben werden müsse, fordert Lars Maruhn stellvertretend für die Polizeigewerkschaft. Es brauche zügigere Verfahren, eine deutliche Straferhöhung bei Angriffen auf sämtliche Blaulicht-Organisationen und eine nachhaltige Nachsorge für Opfer von Gewalt. Und man müsse auch prüfen, ob jemand, der in Deutschland eine Straftat begeht, sein Bleiberecht behält, so Maruhn.

„Wenn jetzt nicht gehandelt wird, lässt sich das vermutlich nicht mehr zurückdrehen.“

► KOMMENTAR